

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Pettizeile oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Gewerkschaftsforderungen und Zwangsarbeit.

e. Als vor gerade einem Vierteljahrhundert nach Fall des Sozialistengesetzes Eugen Richter seinen Kampf gegen die Sozialdemokratie „mit geistigen Waffen“ aufnahm, erschienen seine „Zukunftsbilder“, die damals in Hunderttausenden von Exemplaren vertrieben und außerdem in Hunderten von Zeitungen als Feuilleton veröffentlicht wurden. In seinem Kopfe hatte neben dem liberalen Grundsatz vom „freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ keine andere Auffassung über die Möglichkeit sozialer Ordnung Raum. Es war ihm unmöglich, sich die sozialistische Gesellschaft anders vorzustellen als wie ein großes Zuchthaus, in dem nur der Zwang herrscht. Die allmächtige Staatsgewalt schreibt nicht nur vor, welche Tätigkeit der einzelne auszuüben hat, sondern sie diktiert auch den Wohnort, an den sich jeder begeben muß. Und da die sozialistische Regierung selbstverständlich aus den dümmsten und ungeschicktesten Menschen besteht, werden ohne Not Familienbände zerrissen. Jeder wird an einen andern Ort verpflanzt, die Eltern von den Kindern, der Bräutigam von der Braut, der Bruder von der Schwester getrennt, so daß sich schließlich alle tief unglücklich fühlen. Da auch die gemeinsamen Speiseanstalten und alle andern Maßnahmen ungenügend sind und eine wachsende Erbitterung erzeugen, bricht nach kurzer Zeit eine allgemeine Revolution aus, und die Arbeiter preisen sich glücklich, wieder zur bürgerlichen Staatsordnung zurückkehren zu dürfen.

Das Buch machte seinerzeit gewaltiges Aufsehen, hat uns aber nicht geschadet; die nächsten Reichstagswahlen von 1893 brachten vielmehr einen so gewaltigen sozialistischen Stimmenanstieg, daß Eugen Richter als widerlegt und seine liberale Wirtschaftstheorie als überwunden betrachtet werden durfte. 1898 erlitt er dann nach den Schmerzen, daß er seinen Platz im Reichstagsjaale, den er von Anfang an eingenommen hatte, verlassen und mit seiner ganzen Fraktion weiter nach der Mitte des Saales zurückziehen mußte, weil die Sozialdemokratie trotz seiner „Zukunftsbilder“ sich auch des zweiten Banksektors bemächtigt hatte.

Was würde Eugen Richter sagen, wenn er hätte erleben können, daß jetzt der bürgerliche Staat zu einer Maßnahme greifen möchte, die verdächtige Ähnlichkeit hat mit dem, was Richter als Sozialismus hinzustellen suchte? Und was würde er erst sagen, wenn er feststellen müßte, daß gerade die Sozialdemokratie dem Plane der Regierung den ernstesten Widerstand entgegensetzt? Vielleicht würde er einsehen, daß der Sozialismus denn doch etwas ganz anderes ist, als seine Zerrbilder hingemalt haben.

Was die Reichsregierung mit ihrem Entwurfe über den „vaterländischen Hilfsdienst“ beabsichtigt hat, liegt in der Tat durchaus im Rahmen der bürgerlichen und der militärischen Staatsordnung und hat mit Sozialismus nicht das mindeste gemein. Namentlich ist aber die Art, wie der Entwurf die tiefeinschneidende Frage zu lösen gedachte, vollkommen aus dem bürgerlich-militärischen Geiste geboren gewesen. Das Gesetz war mit seinen wenigen Textzeilen nur ein sogenanntes Mantelgesetz, da es nur ein Prinzip aussprach, aber alles über die praktische Durchführung dieses Prinzips in die Ausführungsverordnungen packen wollte. Und diese letzteren sollten sogar der Mitbestimmung durch den Reichstag entzogen und allein in die Hände des Bundesrats gelegt werden. Waren dafür schon mehrere bürgerliche Parteien nicht zu haben, so erst recht nicht die Sozialdemokratie.

Nach den Angaben der Regierung kann nicht bezweifelt werden, daß die Munitionserzeugung der Westmächte zurzeit das Mehrfache, ja das Vielfache der deutschen beträgt, und daß die englisch-französischen Erfolge an der Somme, so bedeutungslos sie auch für

die gesamte Kriegslage sein mögen, nur dem fabelhaft hohen Artillerieeinsatz zu danken sind, über den England und Frankreich verfügen. Soll ein Ausgleich herbeigeführt werden und schließlich von Deutschland auch an der Somme wieder die Offensive ergriffen werden können, so daß die erste Friedensvoraussetzung erreicht wird, nämlich die Einsicht in Frankreich und England, daß es selbst an dieser einen Stelle nicht gelingen wird, die deutschen Linien zu durchbrechen, dann muß eben die deutsche Munitionserzeugung und überhaupt die Bereitstellung aller Materialien so gefördert werden, daß der Vorsprung der Westmächte eingeholt wird. Da die Gegner nun einmal noch nicht zu Verhandlungen geneigt sind, steht uns ein anderer Weg nicht offen.

Nun ist die Munitionserzeugung nicht eine Sache, die als Heimarbeit betrachtet werden kann. Sie ist vielmehr an bestimmte Orte und an Fabriken gebunden, die darauf eingerichtet sind. Wenn vordem Arbeiter, die in ihrem eigentlichen Berufe wegen Stilllegung ihrer Betriebe keine Beschäftigung finden, nach einem andern Orte übersiedeln müssen, so wird kein Mensch grundsätzlichen Widerstand dagegen leisten. Müßen doch schon in Friedenszeiten Millionen Arbeiter sich von ihren Familien trennen, um auswärts ihre Arbeitskraft zu verwerten. Nicht die Ubersiedlung an sich ist die Hauptsache, sondern darauf kommt es an, daß die Arbeiter nicht finanziell geschädigt werden und daß ihnen Rechtsgarantien zur Seite stehen, durch die sie vor Uebelwollen und Willkür geschützt werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat die Sozialdemokratie von vornherein die Angelegenheit betrachtet. Nebenbei mag bemerkt sein, daß auch von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Haushaltsausschusse erklärt worden ist, sie mache ihre Haltung davon abhängig, wie das Gesetz sich gestalte. Auch sie lehnt also den Grundgedanken des Gesetzes nicht unter allen Umständen ab. Ueber das, was die Gewerkschaften zum Schutze der Arbeiter und Arbeiterinnen fordern, die in der Munitionserzeugung beschäftigt sind — der älteren wie auch der neu anzuwerbenden —, haben die Vertreter vom ersten Augenblick an keinen Zweifel gelassen. Es werden verlangt Sicherungen über die Löhne und über die Arbeitszeit, Bestimmungen über die Versicherungsrechte, Gewähr für alle Koalitions- und Organisationsfreiheit, Zuschußzahlungen an solche, die ihre Familien an einem andern Wohnorte zurücklassen müssen, und namentlich auch Rechtsinstanzen. In jedem Betriebe mit 20 und mehr Arbeitern sollen Arbeiterausschüsse obligatorisch eingerichtet und mit bestimmten Rechten ausgestattet werden. Für größere Bezirke sind Einigungsämter und Schiedsgerichte einzusetzen, in welche die Arbeiter ihre Vertreter zu wählen haben. Nicht nur die Lohnhöhe und die Arbeitszeit sollen der Mitbestimmung der Arbeiter unterliegen, sondern auch die von den Betrieben eingerichteten Wohnungen, die sanitären Vorkehrungen in den Betrieben selbst, sowie alles andere, was mit dem Arbeitsverhältnis im direkten Zusammenhange steht. Nur wenn diese Forderungen der Gewerkschaften anerkannt werden und wenn sie im Gesetze selbst Aufnahme finden, und nur, wenn dem Reichstage das Kontrollrecht über die Handhabung der Vorschriften eingeräumt wird, ist die Zustimmung der Sozialdemokratie möglich.

Spuren schrecken. Die fast unbegrenzten Vollmachten, die der Reichstag bei Kriegsbeginn dem Bundesrate in der Ernährungsfrage erteilt hatte, sind so schwer zum Nachteile der breiten Volksschichten ausgeschlagen, daß der Reichstag sich nicht wieder auf ein gleiches Experiment einläßt. Bis zu welchem Umfange die Regierung bereit sein wird, die wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaften und die politischen Garantien, welche die Partei verlangt, anzuerkennen, steht noch dahin. Ihre bisher abgegebenen Erklärungen lauteten recht entgegenkommend. Und da unsere Gewerkschafts-

vertreter zugleich im Namen der Hirsch-Dunderschen und der christlichen Arbeitervereine sprechen konnten, wird die Regierung es nicht riskieren, das Gesetz in einer Form durchzudrücken, die von vornherein von den Arbeitern abgelehnt werden müßte.

Jetzt spöten bekanntlich in vielen einschlägigen Betrieben Löhne — namentlich an Arbeiterinnen —, Arbeitszeit und sanitäre Einrichtungen jeder Beschreibung. Und da die weitaus meisten der neuerdings eingestellten männlichen und weiblichen Kräfte nicht organisiert sind, ihnen auch alle Rechtsgarantien vorenthalten wurden, kann das neue Gesetz, wenn es einigermaßen brauchbar gestaltet wird, zur wesentlichen Besserung der Arbeiterlage und zum Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung führen. Und was im Kriege errungen worden ist, werden die Gewerkschaften auch nach dem Kriege festzuhalten wissen.

Soll das die Antwort sein?

→ Zwei Tage nach der Rede Bethmanns im Ausschusse für den Reichshaushalt hat Gustave Hervé in seinem Blatte „La Victoire“ am 11. November diese Rede besprochen und folgende Ausführungen daran geknüpft:

„Entweder wird Deutschland siegreich sein, oder es wird besiegt werden. Einen Mittelweg gibt es nicht; denn ein unentschiedener Krieg, der nur in einer Räumung Belgiens, der sieben besetzten französischen Departements, Russisch-Polens und Serbiens bestände, würde ein Triumph für Deutschland sein, da es dann bewiesen hätte, daß es der furchtbarsten Koalition, die es je auf der Welt gegeben hat, standgehalten habe. — Wenn Deutschland siegreich bliebe, so bedeutet dies die wirtschaftliche, politische und militärische Beschlagnahme ganz Mitteleuropas und der Türkei, also die Verwirklichung des pangermanistischen Traumes. Dann wären um 80 Millionen Deutsche 100 Millionen nach preussischem Muster organisierte und gedrückte Nichtdeutsche geschart, vor denen Europa zittern würde. Dann hätten wir nach Kriegsende nichts zu tun, als einen neuen Krieg vorzubereiten. — Durch Deutschlands Niederlage muß der pangermanistische Traum zerstört werden und die österreichisch-ungarische Monarchie von der Karte Europas verschwinden. Außerdem müssen bei der Wiederherstellung Polens, welche vom Großfürsten Nikolaus feierlichst versprochen worden ist, Preußen seine polnischen Provinzen, zu denen die reichen Kohlen- und Erzdistrikte Schlesiens gehören, weggenommen werden. Und schließlich muß durch die Abtretung der reichen Erzgebiete des alten Lothringens dem militäristischen Deutschland eine weitere Aklave entziffen werden.“

So hat in diesen Tagen nach 28 Kriegsmonaten ein Mann geschrieben, der sich seit langen Jahren entschiedener Sozialist und Syndikalist nennt und seit vorigem Jahre wieder dem erweiterten Vorstande der französischen sozialdemokratischen Partei angehört. Und er hat das geschrieben als Antwort auf eine Rede des deutschen Reichskanzlers, die klar und unzweideutig den festen Entschluß aller Welt verkündete, ohne Annexionen im Westen jeden Augenblick zu Friedensverhandlungen bereit zu sein, wenn durch dieselben die politische und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands sowie die Unverletzlichkeit seines Gebiets gewährleistet würde. Und kein französischer Genosse hat gegen diesen Ausbruch eines politischen Deliriums Hervés Widerspruch erhoben; auch das französische Zentralorgan der Sozialdemokratie, die „Humanité“, hat dazu geschwiegen.

Mit äußerstem Befremden ist leider festzustellen, daß auch in englischen Parteikreisen solche Verblendung nicht fehlt. Der Nachfolger unseres unvergeßlichen Keir Hardie im Unterhause ist C. H. Stanton. Er zählt sich zur revolutionären Sozialdemokratie. Anfang September hat er im „Sunday Herald“ einen Artikel veröffentlicht, in dem es wörtlich heißt:

„Die Deutschen müssen gedemütigt, zertrümmert, zerschmettert und pulverisiert werden. Alle Deutschen müssen aus der Gesellschaft anständiger Menschen verbannt werden. Tritt ein Deutscher in ein Lokal ein, so müssen alle andern

